

LESERMEINUNG

Historie berücksichtigen
Zu „Feldmann: Land soll Bühnen helfen“:

Ich vermisse in der Diskussion um den Neubau oder die Sanierung des Schauspiel/Oper-Hauses leider sehr die Rücksichtnahme auf die historischen Reste des Alten Schauspielhauses, welche noch teilweise unter dem jetzigen Baukörper stecken. Das historische Schauspielhaus ist kein Kriegsverlust, sondern dem Geschmack der Zeit zu schulden. In Anbetracht der enormen Euphorie die der „Neuen Altstadt“ entgegen gebracht wird, sehe ich es als Notwendigkeit über die Option einer Rekonstruktion des Alten Schauspielhauses nachzudenken. Eine Rekonstruktion der fehlenden Fassadenteile würde zu einer enormen Verbesserung der Aufenthaltsqualität führen, genauso wie es der Platz vor der Alten Oper durch ihre damalige Rekonstruktion bis heute schafft.

Gregor Schubert
per E-Mail

IGS ist kein Allheilmittel
Zu „Neue Gesamtschule findet Bleibe“:

Als Bürger des Frankfurter Westens begrüße ich natürlich grundsätzlich, dass endlich konkrete Schritte gegangen werden, um der wachsenden Schülerzahl Herr zu werden. Die Lösung über die Schaffung einer weiteren IGS und eines weiteren Gymnasiums zu suchen, greift meines Erachtens jedoch zu kurz. Fakt ist, dass in den Klassen 6 und 7 eine hohe Zahl von Rückläufern aus den Gymnasien kommt, die in der Regel von den Realschulen und verbundenen Haupt- und Realschulen aufgenommen werden, selten jedoch von einer IGS. Die aktuelle Erlasslage sieht dabei vor, diese Klassen bis zu einer Zahl von 30 Jugendlichen aufzufüllen. Als Elternbeirat der Robert-Koch-Schule erlebe ich, dass dieser Erlass teilweise exzessiv angewandt wird, bei gleichzeitiger Abschaffung der Hauptschulen. Es ist für mich ein Hohn, wenn über zwei Jahre hinweg eine neue IGS mit Klassengrößen von 20 Schülern angeht, in der Robert-Koch-Schule die durchschnittliche Klassengröße bei 29 Schülern liegt.

Ralf Greiner
Schulernbeirat Höchst

Wir freuen uns über jeden Leserbrief, können aber bei der Menge der Zuschriften nicht alle veröffentlichen. Wir behalten uns vor zu kürzen, damit möglichst viele Leser zu Wort kommen können. Ihre Zuschriften zum Frankfurter Teil schicken Sie bitte per Post an die: Frankfurter Neue Presse, Frankenallee 71-81, 60327 Frankfurt, per Fax an (069) 75 01 42 32 oder per E-Mail an frankfurt@fnp.de

Das Ende eines
Krankenhauses

Millimeter-Arbeit war beim Transport des 2,4 Tonnen schweren CT-Gerätes aus dem St. Marienkrankenhaus gefragt. „Das ist schon eine besondere Herausforderung“, sagte Michael Pilgrim von Siemens Healthineers, der den Transport des letzten großen medizinischen Gerätes aus dem inzwischen leergeräumten St. Marienkrankenhaus leitete. Das tonnenschwere Gerät musste in einen Aufzug manövriert werden, um an seinen neuen Standort in der Strahlentherapie des benachbarten MVZ St. Kamillus zu gelangen. Das MVZ St. Kamillus gehört – wie das St. Marienkrankenhaus, das vergangene Woche (wir berichteten) in das St. Elisabethen-Krankenhaus gezogen ist – zur Dernbacher Gruppe Katharina Kasper. Für das St. Marienkrankenhaus im Nordend endet somit eine 110 Jahre lange Geschichte. Die Gerätschaften und Patienten sind bereits in den Neubau auf das Gelände des St. Elisabethen-Krankenhauses in Bockenheim umgezogen. Entlang der Brahm- und Nordendstraße entstehen 235 Wohnungen. Der Abriss soll im Januar 2018 beginnen. red/Foto: Ruffler

Bühnen sollen verkleinert werden

Sanierung Stadt erwägt, Werkstätten und Probebühne aus der Innenstadt zu verlagern – Brandschutzprobleme geringer als vermutet

Bei der Sanierung der Städtischen Bühnen werden möglicherweise doch nicht alle Funktionen am Willy-Brandt-Platz konzentriert. Um Kosten zu sparen, prüft eine städtische Arbeitsgruppe, ob ein Teil der Theateranlage in ein „Logistikzentrum“ außerhalb der Innenstadt verlegt werden kann.

VON GÜNTER MURR

Frankfurt. Ein halbes Jahr ist es erst her, dass die Machbarkeitsstudie zur Zukunft der Städtischen Bühnen vorgestellt wurde. Schon jetzt ist klar: Keine der drei untersuchten Varianten für Sanierung oder Neubau, die bis zu 880 Millionen Euro verschlingen würden, wird umgesetzt. „Wir haben uns von der Machbarkeitsstudie emanzipiert“, sagte Kulturdezernentin Ina Hartwig (SPD) am Donnerstagabend im Kulturausschuss im Römer.

Die interne Arbeitsgruppe der Stadtverwaltung suche jetzt nach einer neuen Lösung, mit der die Kosten deutlich reduziert werden können. Dafür müsse man vom „Idealfall“ abrücken, den die Bühnen entwickelt haben. Sie hätten sich einsichtig gezeigt und verstanden, dass sie Kompromisse eingehen müssen. Das bedeutet, dass möglicherweise nicht wie angestrebt alle Funktionen am Willy-Brandt-Platz untergebracht werden können. Hartwig will jetzt prüfen lassen, ob ein „Logistikzentrum“ außerhalb der Innenstadt sinnvoll wäre. Dort könnten zum Beispiel die Werkstätten, die erst vor wenigen Jahren am Willy-Brandt-Platz neu gebaut wurden, und die Probebühne untergebracht werden. „Dort könnte auch eine Übergangsspielstätte für das Schauspiel sein.“ An einem weniger zentralen Standort könne günstiger gebaut werden, meint Hartwig. Auch seien die architektonischen Ansprüche nicht so hoch wie in der City.

Weniger Zeitdruck

Was diese Lösung kosten könnte, ist noch unklar. Hartwig rechnet damit, dass in einem halben Jahr Zahlen vorliegen. Sie warnte vor übereilten Entscheidungen. „Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.“ Ohnehin ist der Zeitdruck nicht so groß

wie bisher vermutet. Hartwig sagte, Feuerwehrchef Reinhard Ries habe klargestellt, dass in absehbarer Zeit nicht die Schließung der Bühnen aus Brandschutzgründen drohe.

Bei einer Verlagerung der Werkstätten könnten diese Räume für andere Funktionen genutzt werden, schlägt Hartwig vor. Damit würde die bisher geplante Erweiterung der Nutzfläche am Willy-Brandt-Platz entfallen. Das von den Gutachtern vorgeschlagene Tech-

Ausweichstandort gesucht

Hartwig kündigte an, dass sie mit dem Land prüfen wolle, ob auf dem Kulturcampus in Bockenheim eine Übergangsbühne für das Schauspiel errichtet werden kann. Diese könne später von anderen Kultureinrichtungen genutzt wer-

den. Für einen kompletten Neubau der Städtischen Bühnen gebe es kein geeignetes Grundstück.

Das zielte auf die CDU, deren Sprecher Thomas Dürbeck einen Neubau an anderer Stelle für sinnvoll hielt, um den Bühnen eine lange Phase mit Provisorien zu ersparen. „Aber wenn es kein Grundstück gibt, dann bleiben sie am Willy-Brandt-Platz.“ Für SPD und Grüne kommt ein anderer Standort ohnehin nicht in Frage. Alle drei

Koalitionsfraktionen lobten die Bemühungen, die Kosten zu senken.

Kritik kam hingegen von der Linken. „Ich dachte, Abriss und Neubau wäre Konsens“, sagte deren Sprecher Martin Kleihm. Den Beschäftigten der Bühnen sei eine Aufteilung des Betriebs auf zwei Standorte nicht zuzumuten. Die Finanzierung eines Neubaus ist seiner Ansicht nach kein Problem. „Der Kämmerer kann ja schon anfangen, Geld zurückzulegen.“



Das Wolkenfoyer der Oper ist brandschutztechnisch ein Problem. Eine kurzfristige Schließung des Hauses droht aber nicht. Foto: Rainer Ruffler

KOMMENTAR

Manche haben den
Schuss nicht gehört

Um die Aufgabe, die Städtischen Bühnen so zu sanieren, dass weder die künstlerische Qualität, noch der Haushalt zu sehr leiden, ist Kulturdezernentin Ina Hartwig nicht zu beneiden. Sie packt die Herausforderung aber ganz vernünftig an. Unaufgeregt und pragmatisch sucht sie nach Lösungen, die Kosten zu senken. Und sie tut das transparent, bezieht die Öffentlichkeit in die Diskussion ein.

Unverständlich sind allerdings einige Reaktionen auf ihre Ideen. Wenn die Linke einen Neubau der Bühnen fordert, weil etwas anderes den Beschäftigten nicht zumutbar sei, hat sie den Schuss nicht gehört. Die Finanzlage der Stadt ist ernst – und das hat auch Folgen für das Bühnenprojekt.



Günter Murr
Redakteur

Bus-Ausschreibungen: OB
will „Blödsinn“ beenden

Frankfurt. Seit die Frankfurter Buslinien europaweit ausgeschrieben werden, kommen mehr nicht-städtische Betreiber zum Zug als früher. Ihr Anteil liegt derzeit bei etwa 60 Prozent. Er soll aber nach dem Willen der schwarz-rot-grünen Koalition auf 50 Prozent zurückgefahren werden. Mit der anderen Hälfte soll die städtische Busgesellschaft ICB direkt beauftragt werden.

Dieser Schritt aber geht Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) nicht weit genug. Er will den

kompletten Linienverkehr direkt an eine städtische Gesellschaft vergeben. „Wenn ich eine zweite Amtszeit bekomme, werden wir den Blödsinn der Ausschreibungen beenden“, kündigte er bei der Vorstellung des ersten Elektrobusses an. Die Vergabe der Linien an Privatunternehmen erschwert laut Verkehrsdezernent Klaus Oesterling (SPD) die Umstellung auf Elektroantrieb, da die auf Dieselbussen basierenden Verträge in der Regel acht Jahre lang laufen. mu

Wieder weniger Arbeitslose in Frankfurt

Agentur für Arbeit Quote liegt im November bei 5,6 Prozent

Frankfurt. Die Arbeitslosigkeit in der Stadt ist im November erneut gesunken. Insgesamt waren mit 22.266 arbeitslosen Menschen 210 Personen bei der Agentur für Arbeit Frankfurt und dem Jobcenter weniger gemeldet als noch im Oktober. Dies entspricht einem Minus von 0,9 Prozent gegenüber dem

Vormonat. Die Arbeitslosenquote blieb wie im November bei 5,6 Prozent und liegt deutlich unter dem Stand des Vorjahres (6,1 Prozent). Karl-Heinz Huth, Leiter der Arbeitsagentur Frankfurt, „Der Anteil der arbeitslosen Ausländer liegt in Frankfurt bei 48 Prozent. Dies entspricht in etwa dem des Vormo-

nats, liegt aber über dem des Vorjahres (46,6 Prozent).“ Mittlerweile seien bei Arbeitsagentur und Jobcenter Frankfurt 3418 arbeitsuchende Flüchtlinge gemeldet. Etwa zwei Drittel hiervon seien noch in Integrationskursen. „Jetzt ist es wichtig, diesen meist jungen Menschen, die duale Ausbildung näher

zu bringen. Denn fast 60 Prozent aller bei uns gemeldeten Arbeitslosen haben keinen Berufsabschluss“, so Huth.

Deshalb fördern Arbeitsagentur und Jobcenter Frankfurt zurzeit fast 7000 Menschen mit verschiedenen Maßnahmen. Allein über 2000 Personen befinden sich in

Maßnahmen einer beruflichen Weiterbildung oder der Berufswahl und Berufsfindung.

Einen positiven Trend gebe es laut der Arbeitsagentur auch bei Menschen mit einer Schwerbehinderung. 1180 Personen waren im November noch als arbeitssuchend gemeldet. red

Bei der CDU werden die Karten neu gemischt

Landtagswahl In mindestens zwei von sechs Wahlkreisen werden andere Kandidaten als 2013 antreten

Mit der Ankündigung, nächstes Jahr nicht wieder für den Landtag zu kandidieren, hat der Abgeordnete Ulrich Caspar die CDU überrascht. Aber nicht nur in seinem Wahlkreis im Nordwesten stehen Änderungen an.

VON GÜNTER MURR

Frankfurt. Nominierungsversammlungen waren bei der CDU früher meist eine langweilige Angelegenheit. Die Parteiführung hatte sich zuvor auf einen Kandidaten verständigt, die Delegierten nickten die Entscheidung nur noch ab. Doch das hat sich geändert. Bei der Wahl der Bundestagskandidaten gab es in einem Wahlkreis tatsächlich zwei Bewerber. Und auch bei der anstehenden Nominierung der Landtagskandidaten sind Kampfkandidaturen nicht ausgeschlossen. Das gilt vor allem für den Wahlkreis 36 (Bornheim, Ostend, Nordend), wo es auf jeden Fall einen anderen Bewerber als 2013 gibt. Hier ist erst vor wenigen Wochen Bodo Pfaff-Greifenhagen für die in den Bundestag gewählte Bettina Wiemann nachgerückt. Er will sein Mandat verteidigen, muss sich aber voraussichtlich weiblicher



Den Wahlkreis 34 (Frankfurter Westen) vertritt seit 2013 Uwe Serke. Der 49-jährige Sozialwissenschaftler tritt wieder an.



Im Wahlkreis 37 (Süden) ist Michael Boddenberg gesetzt, der seit 2013 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag ist.



Im Wahlkreis 35 (Nordwesten) will Christoph Schmitt Nachfolger des langjährigen Abgeordneten Ulrich Caspar werden.



Im Wahlkreis 38 (Bornheim, Nordend, Ostend) muss Bodo Pfaff-Greifenhagen mit Gegenkandidaturen rechnen.



Im Wahlkreis 36 (Zentrum) ist nicht sicher, ob der langjährige Abgeordnete Ralf-Norbert Bartelt wieder nominiert wird.



Den Wahlkreis 39 (Nordosten) gewann 2013 Boris Rhein. Derzeit ist kein Gegenkandidat für den Wissenschaftsminister in Sicht.

Konkurrenz stellen: Interesse haben dem Vernehmen nach zwei Nordend-Frauen: Die Ortsbeirätin Veronica Fabricius und die Kinderbeauftragte Ulrike Grzimek.

Männer dominieren

Sie könnten dazu beitragen, die Frauenquote unter den Frankfurter CDU-Kandidaten wenigstens auf über Null zu heben. Denn in den übrigen Wahlkreisen sind bisher

nur Männer im Gespräch. Im Wahlkreis 35 (Nordwesten) hat zwar ein Mann, der langjährige Abgeordnete Ulrich Caspar, gestern angekündigt, nicht mehr zu kandidieren. Doch als Nachfolger ist wieder ein Mann im Gespräch: Der Stadtverordnete Christoph Schmitt. „Ich stehe zur Verfügung“, sagte der Bockenhainer im Gespräch mit dieser Zeitung. Im Landtag könne er zusätzliche Impulse für Frankfurt setzen,

beschrieb der 48 Jahre alte Rechtsanwalt seine Motivation. In den nächsten Wochen will er um Zustimmung in der CDU werben.

Schmitt bedauert es, dass Caspar nicht mehr antritt. Dieser gehört dem Landtag seit 2003 an. Er begründete in einem Schreiben an die CDU-Stadtbezirksverbände seinen Schritt mit der Doppelbelastung durch das Mandat und seine Tätigkeit als Unternehmens- und

beschrieb der 48 Jahre alte Rechtsanwalt seine Motivation. In den nächsten Wochen will er um Zustimmung in der CDU werben.

Schmitt bedauert es, dass Caspar nicht mehr antritt. Dieser gehört dem Landtag seit 2003 an. Er begründete in einem Schreiben an die CDU-Stadtbezirksverbände seinen Schritt mit der Doppelbelastung durch das Mandat und seine Tätigkeit als Unternehmens- und

**HOSPITAL
ZUM HEILIGEN GEIST**

**Mittwoch,
6. Dezember 2017,
17.30 – 19.00 Uhr**

MEDIZINISCHE KLINIK

**Luftnot infolge von Erkrankungen
des Herzens, der Lunge oder
des Magendarmtraktes**

**Medizin im Dialog
Vortragsveranstaltung für Patienten**

Veranstaltungsort Hospital zum Heiligen Geist,
Cafeteria, Lange Str. 4 – 6, 60311 Frankfurt am Main

Referent Mohammad Osman Amani
Ltd. Oberarzt der Gastroenterologie der Medizinischen Klinik

Vortrag Die Veranstaltung ist kostenlos.
Eine Voranmeldung ist nicht erforderlich.

Haben Sie noch Fragen? Telefon: (0 69) 76 01-4542

www.hospital-zum-heiligen-geist.de